Es ist wieder so weit. Wenigstens am 1. Mai erringt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) das Maß an Aufmerksamkeit, welches ihm ansonsten längst abhanden gekommen ist. Schließlich ist der 1. Mai als „Tag der Arbeit" ein gesetzlicher Feiertag, an dem traditionell auch die öffentlich-rechtlichen Medien umfangreich über die zahlreichen Kundgebungen der Gewerkschaften berichten werden und Vertreter des DGB und seiner Mitgliedsverbände ausführlich zu Wort kommen lassen. Von **Rainer Balcerowiak**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260429-Heraus-zum-1-Mai-wofuer-eigentlich-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Insgesamt soll es laut DGB am 1. Mai bundesweit über 400 Kundgebungen, Demonstrationen und Maifeste geben. Die zentrale Veranstaltung mit der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi findet diesmal in Nürnberg statt, und den Worten der anderen Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands und der Vorsitzenden der zum DGB gehörenden acht Einzelgewerkschaften kann man u.a. in Berlin, Bremen, München, Augsburg, Hamburg, Bielefeld, Augsburg, Rostock und Kassel lauschen.

Doch was werden die uns eigentlich erzählen? Die zentrale DGB-Losung lautet in diesem Jahr „Erst unsere Jobs, dann eure Profite". Unter diesem Motto werde man am 1. Mai 2026 „kämpferisch, solidarisch und entschlossen auf die Straße gehen", heißt es in dem bundesweiten Aufruf. Das klingt ja noch einigermaßen selbstbewusst, doch das Kleingedruckte in diesem Aufruf offenbart die ganze geballte Hilflosigkeit und Orientierungslosigkeit der Gewerkschaften.

Es gehe um „Jobsicherheit und eine gerechte Arbeitswelt" und „eine Zukunft, die uns allen gehört", heißt es da. Denn man befinde sich in einer Wirtschaftskrise, „die Zehntausende Industriearbeitsplätze kostet. Standorte schließen, Unternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland. Doch die Verantwortung dafür liegt nicht bei denen, die jeden Tag ihre Arbeit machen. Die Wahrheit ist: Viele Arbeitgeber drücken sich vor ihrer Verantwortung. Tag für Tag erleben wir Angriffe auf hart erkämpfte Rechte – auf den Achtstundentag, auf Lohnfortzahlung, auf soziale Sicherheit. Und immer wieder dieselbe falsche Behauptung: Die Löhne seien zu hoch. Damit ist jetzt Schluss!"

Nein, damit ist jetzt nicht Schluss, sondern es fängt gerade erst an, möchte man da

erwidern. Und es geht eben nicht um irgendwelche Arbeitgeber „die sich vor ihrer Verantwortung drücken“, sondern um eine umfassende, neue ökonomische und politische Formierung Deutschlands, zu deren Realisierung auch ein Generalangriff auf die gesamte soziale Daseinsvorsorge und die Arbeitsbedingungen gehört. Früher nannte man so etwas auch in Gewerkschaftskreisen Klassenkampf von oben.

Ein politischer Offenbarungseid

Und es geht vor allem um das Primat der „Kriegstüchtigkeit“ in allen ökonomischen und gesellschaftlichen Bereichen. Und das ist das eigentlich Verrückte an dem Mai-Aufruf des DGB: Mit keiner Silbe wird erwähnt, welche Rolle die Aufrüstung, die milliardenschwere Befeuerung des Krieges in der Ukraine und der Wirtschaftskrieg gegen Russland besonders im Energiesektor für den Niedergang der deutschen Wirtschaft spielen. Kein Wort zu der irrwitzigen Idee „Aufschwung durch schuldenfinanzierte Rüstungsproduktion”. Kein Wort zu dem desaströsen Agieren der deutschen Politik auf dem internationalen Parkett – sei es im Verhältnis zu China oder in den Zollverhandlungen mit den USA. Stattdessen seltsam entrückte, aus der Zeit gefallene Formulierungen wie: „Das Grundgesetz sagt: Eigentum verpflichtet. Und diese Verpflichtung heißt konkret: Verantwortung für Arbeitsplätze übernehmen, in den Standort Deutschland investieren, gemeinsam mit uns Lösungen finden.“ Es braucht schon ein gehöriges Maß an Realitätsverleugnung, derartige Phrasen in den luftleeren Raum zu schleudern, ohne das jetzt herrschende Primat der Kriegswirtschaft auch nur zu erwähnen.

Das gilt auch für die in dem Aufruf formulierten „Forderungen an Politik und Wirtschaft”, die da lauten (kleine Auswahl):

- Hände weg vom Achtstundentag
- Unser Sozialstaat ist nicht verhandelbar
- Sichere Rente für alle
- Gesundheit: für Menschen, nicht für Profite
- Gerechte Steuerpolitik: Wer viel hat, muss mehr beitragen

und besonders schön

- Erst Zukunftsinvestitionen für unsere Arbeitsplätze, dann eure Kostenoptimierung

Verlassen wir diesen traurigen Offenbarungseid und gehen wir zu den Ursachen. Der DGB und die meisten seiner Mitgliedsgewerkschaften stehen mit dem Rücken zur Wand. Der Mitgliederschwund hält an – derzeit sind es noch rund 5,4 Millionen, vor zehn Jahren waren es noch über sechs Millionen – und die Tarifbindung erodiert weiter. Ende 2025 waren nur noch 49 Prozent aller regulär Beschäftigen in Betrieben mit Bindung an einen Flächentarifvertrag tätig. Die kurze Phase relativ erfolgreicher Tarifverhandlungen, die teilweise sogar – wenn auch geringe – Reallohnsteigerungen brachten, ist vorbei. Angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs bis hin zu Betriebsschließungen in industriellen Kernbereichen wie Metall und Chemie stehen jetzt wieder Versuche im Mittelpunkt, durch Lohnverzicht temporäre Arbeitsplatzgarantien zu erreichen. Eine gewisse tarifpolitische Durchsetzungsmacht gibt es eigentlich nur noch im öffentlichen Dienst und in einigen dort angegliederten Bereichen, wie etwa im Personennahverkehr.

Auch die politischen Koordinaten haben sich verändert. Zwar wird die traditionelle Verbundenheit der DGB-Gewerkschaften zur SPD vor allem in den Führungsetagen personell noch aufrechterhalten, doch an der Basis sieht das anders aus. In einigen Bundesländern haben bei den letzten Landtagswahlen und auch bei der Bundestagswahl deutlich mehr Gewerkschaftsmitglieder die AfD als die SPD gewählt – und alles spricht dafür, dass sich dieser Trend noch verstärken wird. Zumal viele Gewerkschaftsführer den von der SPD in der Regierung nicht nur mitgetragenen, sondern von Exponenten wie Vizekanzler und Parteichef Lars Klingbeil und Kriegsminister Boris Pistorius forcierten Kurs der mit massivem Sozialabbau verbundenen Militarisierung der Wirtschaft offensiv vertreten. Was – so absurd das auch erscheinen mag – auf das Konto der AfD einzahlt.

Auch der DGB will kriegstüchtig sein

Dazu gehört, dass die Gewerkschaften – von einigen wackeren Kämpfern auf unteren und mittleren Ebenen mal abgesehen – eine ihrer traditionellen Wurzeln, nämlich die Verbundenheit mit der Friedensbewegung, weitgehend gekappt haben. Vielmehr unterstützt man den Ausbau der Rüstungsindustrie inklusive der Umstellungen von ziviler auf militärische Produktion – etwa in der Automobil-, Schiffbau- und Flugzeugindustrie – ausdrücklich, um „Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern“. Eine Haltung, die in vielen Betrieben und Branchen leider auf recht breite Unterstützung trifft, wie friedensbewegte Gewerkschafter immer wieder erschrocken konstatieren müssen. Und dass die Gewerkschaften bereit und in der Lage wären, den angekündigten „Sozialreformen” irgendetwas Wirkmächtiges entgegenzustellen, kann man wohl kaum noch erwarten. Man

will zwar irgendwie Kanonen und Butter, aber es gibt halt nur noch Kanonen statt Butter.

Ja, es gibt auch Widerstand gegen diesen Kurs, vor allem auf Bezirksebenen. Und es gibt auch Vernetzungsversuche wie die „Gewerkschaften gegen Aufrüstung“. Und es ist zu erwarten, dass Kritiker des Kurses der DGB-Führung auf vielen Kundgebungen und Demonstrationen am 1. Mai deutlich hör- und sichtbar in Erscheinung treten.

Aber an dem überwiegend traurigen Gesamtbild des DGB als weitgehend regierungs- und damit auch kriegskonformer Organisation, nebst zahnlosem Gebarme über den Sozialabbau und den Angriff auf Arbeitsstandards, wird das leider derzeit wenig ändern. Und angesichts des niederschmetternden Aufrufs des DGB zum diesjährigen 1. Mai freut man sich, dass an diesem Tag auch noch andere Traditionen gepflegt werden. Wie etwa die „Revolutionäre 1.-Mai-Demo” in Berlin, bei der bis zu 20.000 Teilnehmer erwartet werden. Eine der beteiligten Gruppen mobilisiert für diese Demo mit einer sehr griffigen Losung: „Gegen die Gesamtscheiße“. Damit kann man wenigstens was anfangen.

Lesetipp: *Ulrike Eifler (Hrsg.): Gewerkschaften in der Zeitenwende, Hamburg 2025, VSA Verlag, Taschenbuch, 144 Seiten, ISBN 978-3964882516, 12,80 Euro.*

Titelbild: ojka/shutterstock.com